



## Keine NRW-Position zur Kohleausstiegskommission

### Beratung im Wirtschaftsausschuss offenbart, dass sich die ostdeutschen Braunkohleländer ohne NRW abstimmen

Am 16. Mai wird das Bundeskabinett die „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ einsetzen, die sich mit dem Auslaufen der energetischen Verwendung von Braunkohle und dem notwendigen Strukturwandel beschäftigen soll. Jedoch hüllt sich die NRW-Landesregierung eine Woche vor der für das Bundesland weitreichenden Entscheidung in Schweigen.

Die SPD-Landtagsfraktion hatte einen Bericht eingefordert und zehn Fragen zum Vorbereitungsstand, zu energiepolitischen Bewertungen und zu finanziellen Förderbedarfe aus NRW-Sicht formuliert. Die



Foto: Guido van den Berg

Landesregierung hingegen antwortet, dass man „erst auf Grundlage der konkreten Entscheidungen der Kommission“ Bedarfe ermitteln und bewerten könne. Ferner führt die Landesregierung aus, dass in NRW Änderungen von Plan- und Genehmigungsverfahren mit Blick auf die Tagebaue erforderlich werden können.

Das ist eindeutig zu passiv. Man kann doch nicht abwarten bis alles gelaufen ist und dann nur seine Landespolitik anpassen. Im Ausschuss habe ich auf ein Schreiben von Sachsens Ministerpräsidenten Kretschmer an die Bundeskanzlerin, in dem dieser eine abgestimmte Position im Namen von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt zum energiepolitischen Rahmen, zur

Kommissionszusammensetzung und zum Investitionsbedarf formuliert, verwiesen. Die ostdeutschen Länder sind parteiübergreifend abgestimmt. Nur NRW ist nicht dabei und signalisiert sogar Passivität.

Es ist dringend notwendig, dass in NRW insbesondere die Bedeutung der Wertschöpfung des Wirtschaftszweiges Braunkohle herausgearbeitet wird. Der Bund hat für alle Braunkohlereviere einen Strukturfond von 1,5 Mrd. Euro in Aussicht gestellt. Allerdings hat das Unternehmen RWE in 2017 im Bereich Braunkohle alleine eine Brutto-Gehaltssumme von etwa 740 Mio. Euro ausgezahlt und an etwa 3200 Unternehmen ein Auftragsvolumen von etwa 735 Mio. Euro vergeben.

Das gesamte Hilfsprogramm des Bundes für alle Reviere in Summe hat nur das Volumen einer direkten Jahreswertschöpfung im Rheinland. Indirekte Beschäftigung, Wirkungen für energieintensive Betriebe und Kaufkrafteffekte sind dabei noch nicht mal einbezogen.

Grüne Denkfabriken wie AGORA schlagen vor, dass die Braunkohlereviere jährlich 110 Mio. Euro erhalten sollten. Das kann man nur noch als naiv bezeichnen. Die Landesregierung muss klar Position zur Bedeutung der Wertschöpfung im Rheinischen Revier beziehen.

## Skillsharing Camp im Hambacher Forst: Weniger Straftaten

In diesem Frühjahr haben in der Spitze ca. 350 Personen aus dem linksextremistischen Spektrum aus dem In- und europäischen Ausland und zum Teil auch aus dem bürgerlichen Spektrum an dem Skillsharing Camp teilgenommen. An den vorhergegangenen Skillsharing Camps haben im Durchschnitt ca. 100 Personen teilgenommen. Für die Landesregierung ist dies ein Hinweis, dass die Waldbesetzerszene versucht mehr Personen zu binden, um den Widerstand gegen den Hauptbetriebsplan 2018-2020 des Tagebaus Hambach zu intensivieren. Bei dem Skillsharing Camp werden auch praktische Handlungsanleitungen für Protest- und Besetzungsaktivitäten an die Teilnehmer vermittelt. Die im Vergleich zu den Vorjahren gesunkene Anzahl der Straftaten rund um das Skillsharing Camp führt die Landesregierung auf ein konsequentes Einschreiten der Polizei und die polizeiliche Einsatzkonzeption zurück.

Zunächst ist es eine gute Nachricht, dass die Straftaten am Rande des zurückliegenden Skillsharing Camps im Vergleich zu den Vorjahren zurückgegangen sind. Jedoch ist auch aufgrund der dort an die Teilnehmer vermittelten Kenntnisse im Bereich der Protest- und Besetzungsaktivitäten damit zu rechnen, dass es neben dem legitimen Protest auch weiterhin zu Straftaten im Hambacher Forst kommen wird und diese eventuell noch weiter zunehmen.